

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 103 (2009)
Heft: 9

Artikel: Naturschutz contra Menschenrechte?
Autor: Pedersen, Klaus
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-390077>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Naturschutz contra Menschenrechte?

Naturschutz hat gemeinhin ein sehr positives Image, und die Dringlichkeit, globaler Naturzerstörung Einhalt zu gebieten, ist unzweifelhaft. Die Frage ist jedoch, auf welche Weise Naturschutz in den Ländern des Südens praktiziert wird und ob man einen wahrhaft nachhaltigen Schutz unserer natürlichen Umwelt so überhaupt erreichen kann. Sind wir bereit, hierzu-lande naturzerstörerische gesellschaftliche Verhältnisse zu akzeptieren, während versucht wird, dies durch fern gelegene Ausgleichsflächen zu kompensieren, von denen die dort lebenden Menschen vorher vertrieben wurden? Diese Kehrseite von «Naturschutz» ist bislang kaum ins öffentliche Bewusstsein gedrungen.

• Die Geschichte der Nationalparks ist oftmals eine Geschichte von Zwangs-umsiedlungen, gewaltsamen Vertreibungen und der Entwurzelung der ursprünglich dort lebenden Bevölkerung. Dies geschah bei der Schaffung des Yellowstone und zahlreicher anderer Nationalparks in den USA und wiederholte sich in Afrika und Asien. Menschen, die vorher zumindest Zugang zu Heilpflanzen und traditionellem Heilwissen hatten, fanden sich in «Indianerreservaten» und in den Slums der Südhalbkugel wieder.

Nur von 50 der weltweit 49000 Schutzgebiete der Kategorien I-IV, also jener Kategorien, die menschliche BewohnerInnen weitgehend oder völlig ausschliessen, liegen wissenschaftliche Untersuchungen über den Verbleib der BewohnerInnen vor. Eine dieser Analysen untersuchte 15 zentralafrikanische Schutzgebiete zwischen 1996 und 2004. Von diesen Schutzgebieten, die ein Areal von rund 41000 km² (etwa die Fläche der Schweiz) umfassen, hatte keines eine offizielle Strategie zur Integration der örtlichen Bevölkerung in das Nationalpark-Konzept. Nur zwei, der Korup-Nationalpark in Kamerun und der Cross River Park in Nigeria, hatten ein reguläres Umsiedlungsprogramm.

Die wissenschaftlichen Untersuchungen zu den anderen 35 Schutzgebieten gelangten fast immer zu ähnlichen Ergebnissen. Auf der Homepage von *First Peoples Worldwide* sind die Fälle von anderthalb Millionen Menschen dokumentiert, die zugunsten des Naturschutzes ihre Lebensgrundlage verloren. Die Lobbyisten und offiziellen Förderer solcher Park-Programme sind häufig transnationale Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wie der WWF, *Conservation International* und *The Nature Conservancy*.

Eine kritische Auseinandersetzung mit dem westlichen Gesellschaftsmodell krankt oft an der isolierten Betrachtung einzelner Phänomene, dem so ge-

nannten *One-Issue-Approach*. Das betrifft auch die Kritik an den Facetten einer hegemonialen Biopolitik. Nur wenige Gesundheits-Ngos thematisieren die «naturschutzbedingte» Verhinderung des Zugriffs auf natürliche Ressourcen für jene marginalisierten Bevölkerungsgruppen, für die sie sich einsetzen. Der Protest gegen Biopiraterie konzentriert sich meist auf einzelne «Fälle» bzw. patentrechtliche Probleme. Dass versucht wird, mit «Naturschutz» letztendlich ein Stück der schwindenden Ressourcen für Pharma- und Biotechnologiekonzerne zu retten, kommt seltener zur Sprache. Und schliesslich werden im öffentlichen Diskurs über «Naturschutz» dessen sozialen Kosten im Kontext des westlichen Lebensstils (Klimawandel, Ressourcenverschwendung) nahezu völlig ausgeblendet.

Verschwendung dank Schutzgebieten

Die Statistiken über den galoppierenden Verlust an tropischen Regenwäldern machen die Eindämmung des Waldverlusts zu einem zentralen Punkt der Bemühungen von westlichen Regierungen und Naturschutzorganisationen. Dementsprechend gestalten sich die Lobby-Bemühungen im Naturschutzbereich. Auf einem Vorbereitungstreffen zur 9. Nachfolgekonferenz zum UNO-Biodiversitätsabkommen, die Ende Mai 2008 in Bonn stattfand, ging es um die Vergrösserung bestehender Waldschutzgebiete und um die Ausweisung neuer. Als Möglichkeiten zur Finanzierung wurde die Fokussierung auf Kohlenstoffmärkte und «je nach Nachfrage» auf Bioprospektion vorgeschlagen. Mit anderen Worten: Man will an der Emission von Kohlendioxid und der Erfassung biologischer Ressourcen für deren spätere Vermarktung verdienen, um dann – auf Flächen, von denen üblicherweise Menschen vertrieben oder zwangsumgesiedelt werden – die Natur zu «erhalten».

Forderungen nach einer drastischen

Reduzierung des Holzverbrauchs (insbesondere für die Herstellung von Zellulose oder eine spürbare Senkung der ökologischschädlichen Warenbewegungen) als Möglichkeiten zur Eindämmung von Waldverlust und Klimawandel würden mit den Dogmen wachstumsgetriebener Profitwirtschaft kollidieren und zögen den Verlust von Sponsoren nach sich, zu denen die zahlreiche multinationale Konzerne gehören, die sich damit «grünwaschen».

Während sich die grossen Ngos den Kopf darüber zerbrechen, wie mit am Markt orientierten Finanzierungsmechanismen die Waldschutzgebiete vergrössert und vermehrt werden können, rüstet die Weltbank im grössten zusammenhängenden Waldgebiet Afrikas, dem Kongobecken, zum Kahlschlag. Ihr Rezept, um die desolate Wirtschaft der Demokratischen Republik Kongo anzukurbeln: 60 bis 100fache Steigerung der Holzproduktion (auf 6 bis 10 Millionen Kubikmeter pro Jahr). Parallel dazu stellt die deutsche Entwicklungshilfe in dieser Region 18,5 Millionen Euro für Naturschutzprojekte zur Verfügung.

Ein Gutachten der amerikanischen Consulting-Firma ARD sagte bereits 2003 über die sozialen Folgen der sich anbahnenden Holz-Bonanza in der Demokratischen Republik Kongo: «Angesichts der Regierungsschwäche könnte ein dauerhafter Frieden eine Periode intensiven Holzeinschlags in vielen Teilen des Kongo auslösen, verbunden mit Umweltverwüstung, Zerstörung und Reduzierung der biologischen Vielfalt sowie Beschädigung der materiellen Lebensgrundlage von Menschengruppen, deren Überleben extrem von den Wäldern abhängig ist, zum Beispiel den Pygmäen des Kongobeckens, insgesamt etwa 4 Millionen Menschen.»

War es wirklich notwendig, in Deutschland den Papierverbrauch innerhalb von 20 Jahren zu verdoppeln? Der jährliche Pro-Kopf Verbrauch liegt inzwischen bei über 220 kg. Nur drei



Prozent dieser Menge kommen für lang-
lebige Zwecke zum Einsatz, während der
Grossteil für Verpackung verschwendet
wird. Die Situation in der Schweiz dürf-
te nicht anders sein. Dabei werden selbst
bei moderner Technologie zur Produk-
tion von einem Kilogramm Papier im-
mer noch 2,67 kWh verbraucht.

Während unvorstellbare Mengen an
Gütern von A nach B verschoben wer-
den, sorgt man sich um den Klimawan-
del und propagiert Emissionshandel so-
wie Agrotreibstoffdeals: Scheinlösun-
gen, die zugleich neue Gewinnchancen
bieten – für Firmen, die sich auf billige
Weise das Recht zu fortgesetztem Aus-
stoss von Kohlendioxid erkaufen und
für die internationalen Naturschutzver-
bände, die Zertifikate auf dem Kohlen-
stoffmarkt verkaufen, um damit «ihre»
Schutzgebiete zu finanzieren.

Zur materiellen Deckung des ver-
schwenderischen Gesellschaftsmodells
der Industriestaaten wird nicht nur die
Umweltzerstörung unter Vorspiegelung
falscher Tatsachen fortgesetzt, es wer-
den auch die seit vielen Jahrzehnten be-
stehenden sozialen Ungerechtigkeiten
in den Ländern des Südens ausgeweitet
und vertieft. Bei der Durchsetzung die-
ser Konzepte (Bioprospektion, Emissi-
onshandel, Agrotreibstoffe) geht es ein
weiteres Mal um die Aneignung von Flä-
chen und Ressourcen, die zuvor der lo-
kalen Bevölkerung zur Verfügung ge-
standen haben und nun global verbraucht
werden.

So findet sich jener Teil der Weltbe-
völkerung, der Feuerholz und Naturme-
dizin nicht aus einem Hang zur Roman-
tik oder aus esoterischer Verklärung
verwendet, sondern aufgrund wirt-
schaftlicher Not und politischer bzw.
sozialer Marginalisierung, mehr denn je
eingeklemmt zwischen Naturschutzge-
biete und intensiv genutzten Flächen,
die der land- und forstwirtschaftlichen
Exportproduktion dienen.

Über all dem schwebt die UNO-Kon-
vention über die Biologische Vielfalt

(CBD) – ein völkerrechtliches Doku-
ment, das nach Ansicht der Anthropolo-
gin Cori Hayden von der Universität
Berkeley kein Instrument zur Schaffung
von sozialer Gerechtigkeit ist, denn die
CBD «... fördert und billigt explizit eine
marktvermittelte Vision von Biodiversi-
tätsschutz. Die Konvention baut buch-
stäblich auf die *Life Science*-Industrie so-
wie den immer breiteren Umfang an
Patenten auf Lebensformen als Zugpfer-
de, um der Biodiversität «Wert» zu verlei-
hen. Naturschutz wird somit unersetz-
lich für eine Vision von nachhaltiger
Entwicklung, bei der biologische Vielfalt
als eine produktive Ressource betrachtet
wird, die «sich selbst bezahlt»...».

Zwar finden sich in den 42 Artikeln
der CBD zwei Abschnitte, die sich unver-
bindlich über den Schutz der Interessen
von indigenen und lokalen Gemein-
schaften äussern. Auch mögen die For-
mulierungen in der CBD weniger
«schlimm» klingen als jene in den Do-
kumenten der Welthandelsorganisation.
Doch die CBD war der entscheidende
Schritt zu einer Strategie der «Nachhal-
tigkeit» im marktwirtschaftlichen Sinn,
die von zahlreichen NGOs willig mitge-
tragen wird.

Es gibt gute Beispiele dafür, wie sich
indigene Völker und lokale Gemein-
schaften dieser Logik – zum Teil erfolg-
reich – widersetzen. COMPITCH, die
Dachorganisation der indigenen Heiler
und Hebammen in Chiapas, Mexiko, er-
zwang im Jahr 2001 den Abbruch eines
großen Bioprospektionsvorhabens. Im
Februar 2004 forderten 150 kongolesi-
schen Nichtregierungsorganisationen
gemeinsam ein Moratorium für Wald-
zonierung (die Vorbereitung für das er-
wähnte Abholzungsprogramm). Wider-
stand braucht langen Atem – die
Indigenas in Lateinamerika sprechen
von 500 Jahren. Unsere moralische
Pflicht ist es, diesen Basiswiderstand vor
Ort zu unterstützen. ●

Klaus Pedersen (Jahr-
gang 1950), promo-
vierter Landwirt, ar-
beitet als freier Publi-
zist und Übersetzer
sowie in der BUKO-
Kampagne gegen Bio-
piraterie (www.bio-piraterie.de). Zuletzt
von ihm erschienen:
*Naturschutz und
Profit*, Unrast-Verlag
Münster, 2008 (klaus.pedersen@gmx.net).